

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 12 (1971)  
**Heft:** 25

**Artikel:** Die Dialektik des Streiks : Chile und Uruguay im lateinamerikanischen Blickpunkt  
**Autor:** Max, Alphonse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095485>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Es entstanden in vielen Städten SMOG-Filialen; ich kannte über 200 SMOGisten persönlich. Initianten und Anführer waren zwei sehr begabte Dichter: Wladimir Batschew und Leonid Gubanow (beide 1947). Beide sind Söhne grosser sowjetischer Bürokraten, beide für «antisowjetische Propaganda» von der Universität «relegiert» worden. Die SMOGisten beschränkten sich nicht darauf, auf dem Majakowskij-Platz Gedichte zu lesen, sondern sie trugen ihre Lyrik auch in die Fabriken. Sie gaben ebenfalls eine Reihe von Sammelbänden illegal heraus; an der Redaktion war ich selbst beteiligt. Zahlreiche Gedichte, so aus «Avantgarde» und aus «Tschu!» (Horch!), sind im Westen inzwischen veröffentlicht worden.

Von den übrigen aktiven SMOGisten möchte ich hier noch ein paar nennen. Sergej Morosow (1947) kann ein grosser Dichter werden. Wladimir Bukowskij, zum viertenmal verhaftet, ist den Lesern schon kein Unbekannter mehr. Etwas später stiess ein Dichter zu den Andersdenkenden, der von Beruf Tapezierer war: Viktor Chautstow (1938). Er wurde 1967 als friedlicher Demonstrant verhaftet und verbüsst drei Jahre im Orenburger KZ. Ilja Bokstein (1939), der neben seinem Studium Gedichte schrieb, wurde 1961 für seinen Beitrag zum «Phoenix» zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt; seither ist er

schwer krank. Noch in der Verbannung befindet sich Wladimir Alejnijkow (1946), dessen dichterische Begabung ebenfalls bemerkenswert ist.

Die SMOGisten entwickelten ihr reges SMOG-Leben bis Mitte 1966, als Batschew, die Seele dieser Gruppierung, für fünf Jahre nach Sibirien verbannt und Leonid Gubanow in eine psychiatrische Anstalt gesperrt wurde. Seither ist es um den SMOG stiller geworden.

Auch andere Gruppen von kritischen Leuten wurden ins Leben gerufen. 1964 gründete Leonid Borodin (1935), ein Student der Irkutsker Universität, die «Demokratische Partei» und trat ein Jahr darauf dem «Allrussischen Sozialchristlichen Bund zur Befreiung des Volkes» bei. Dafür wurde er verhaftet und zu sechs Jahren KZ verurteilt; jetzt befindet er sich auch im Wladimirow-Gefängnis. Auch die Gründer des Sozialchristlichen Bundes, zwischen 30 und 34 Jahre alt, sind gegenwärtig in Konzentrationslagern. Aber andere setzen ihre Arbeit fort: das Denken, das Andersdenken. Sehr viele sind nicht in das Gesichtsfeld des KGB geraten und bisher der Repression entgangen; ich könnte zahlreiche Namen nennen. Von ganzem Herzen wünsche ich ihnen, dass ihr Denken ansteckend wirkt. Dann muss es schliesslich die Fesseln des Totalitarismus sprengen. ■



Der 1967 abgeurteilte Schriftsteller Dobrowolskij: Das Gesicht des tätigen – und das Gesicht des leidenden Oppositionellen.

Flugplatz zu entführen, und Kusnezow wurde zum Tode verurteilt, allerdings unter dem Druck der öffentlichen Meinung wie erinnerlich zu zehn Jahren KZ «begnadigt».

### Die SMOG-Gruppierung als Vorläufer für viele

Während Ossipows unfreiwilliger Abwesenheit wurde in Moskau eine der zahlenmässig stärkeren Abteilungen der geistigen Opposition gegründet — der SMOG, über den ich schon erzählte. Erinnern wir daran, dass diese Abkürzung aufgeschlüsselt wird als

1. Smelost', Molodost', Obras, Glubina (Mut, Jugend, Form, Gehalt) und
2. Samoje Molodoje, Obschtschestwo Geniew (Die Allerjüngste Genie-Vereinigung).

Beide Versionen haben ihre Berechtigung!

Chile und Uruguay im lateinamerikanischen Blickpunkt

## Die Dialektik des Streiks

Von Alphonse Max

Bei seinem Besuch in Chile griff Fidel Castro aktiv in eine Debatte ein, die sich jedesmal stellt, wenn eine Gesellschaft nach marxistischen Normen ausgerichtet wird: Dürfen Arbeiter noch länger soziale Forderungen stellen, wenn man die Macht in ihrem Namen ausübt? Diese Frage ist (mit der Teilausnahme Jugoslawiens) in der historischen Praxis noch immer verneint worden. Castros Diskussionsbeiträge im Rahmen seiner Tournee haben das Ihre beigetragen, den übertragbaren Charakter dieser Fragestellung sichtbar zu machen.

In der Universität Concepcion, der Hochburg der ultralinken Terroristen, die dem chilenischen Präsidenten die grössten Schwierigkeiten bereiten, verteidigte Castro die Politik seines legal gewählten Kollegen. Auf die Frage, ob die Forderung Ernesto «Che» Guevaras nach «einem, zwei, drei Vietnams», die in Lateinamerika geschaffen werden sollen, noch Gültigkeit habe, verweigerte Fidel die Antwort. Er «verteidigte» jedoch einen Studenten, der ihn fragte, warum es in Kuba eigentlich keine demokratischen Wahlen gebe (und der ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert über sich ergehen lassen musste), und erklärte, er würdige den Mut, eine «derart absurde Frage» zu stellen. Castros Antwort war jedoch entschieden absurder; denn er riet dem Fragesteller, nach Kuba zu reisen und dem kubanischen Volk diese Frage zu stellen.

### Was man den Arbeitern noch «beibringen» wird: Im Sozialismus sind Streiks «Vaterlandsverrat»

In der Kupfergrube Chuquicamata hatte Castro die Arbeiter ausdrücklich vor übertriebenen Lohnforderungen gewarnt und darauf hingewiesen, dass die kubanische Revolution «ohne den

Opfergeist der kubanischen Arbeiter gescheitert wäre».

Die 6500 Arbeiter der Mine reagierten nicht auf diesen Aufruf und blieben unnachgiebig bei ihrer Forderung nach einer Erhöhung von 50 Prozent und bei der Ablehnung des Regierungsangebotes von 35 Prozent. Die Erklärung, dass die Minen jetzt nicht mehr «ausländischen Kapitalisten», sondern ihnen gehöre, machte wenig Eindruck auf sie. Vielleicht denken sie daran, dass es ihnen als Lohnempfänger der «ausländischen Kapitalisten» (schon unter der Regierung Frei wurden die grossen Kupferminen «chilenisiert», das heisst, sie gehörten zu 51 Prozent dem chilenischen Staat) besser ging als jetzt.

Und wahrscheinlich können sie nicht verstehen, warum es «imperialistische Ausbeutung» ist, wenn nordamerikanische Unternehmen in Chile arbeiten, aber gleichzeitig die Sowjetunion gewillt ist, US-Konzernen die Ausbeutung einiger ihrer eigenen Kupfergruben zu übertragen.

Genauso unerklärlich muss es ihnen erscheinen, dass sie als «von Imperialisten Ausgebeutete» streiken durften und diese Streiks von der Linken hervorgerufen, organisiert und gelobt wurden, während jetzt Streiks dem «Vaterlandsverrat» gleichkommen sollen. ▶

▶ (Allerdings streikten auch in Peru, wo auch eine «sozialistische» Regierung besteht, das Militärregime des Generals Velasco Alvarado, 13 000 Bergbauarbeiter. Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizisten ergaben mehrere Tote und viele Verletzte. Als die peruanischen Lehrer vor einigen Wochen streikten, wurden viele von ihnen kurzerhand entlassen und die wichtigsten Leiter ihres gewerkschaftlichen Gremiums des Landes verwiesen.)

### «Wir wollen euch mit unserm Zucker helfen. Aber kauft ihn nicht bei der Konkurrenz, nur weil sie billiger ist.»

**Die immer ernster werdenden Finanzsorgen der chilenischen Regierung versucht Allende dadurch zu erklären, dass er die Schuld auf seine Vorgänger schiebt.**

Er erklärte, dass Chile pro Kopf die höchste Auslandsverschuldung der Welt (mit Ausnahme Israels) habe: im ganzen 3 Milliarden Dollar. Ob dies stimmt oder nicht, Allende ist jedenfalls dabei, die schon verzwickte Wirtschaftslage des Landes dem Tiefstand zuzusteuern. Seine Finanzberater haben sämtliche Fehler wiederholt, die «sozialistische Wirtschaftsplaner» in der ganzen Welt seit Jahrzehnten gemacht und bereut haben. Ständig steigt die Arbeitslosigkeit. Der schwarze Markt blüht, weil die meisten Konsumgüter wegen Schliessung von Fabriken oder deren Verstaatlichung nicht ausreichen, um die Bevölkerung zu versorgen.

Castro, der die Sorgen kennt, hatte völliges Verständnis mit Allende; der Kubaner erneuerte auch sein Hilfeangebot an den Kollegen: «Nie wird das chilenische Volk ohne Zucker bleiben», versprach er. Sicherlich würde Kuba gern Zucker an Chile verkaufen, aber es ist nun so, dass zwei Nachbarländer, Peru und Argentinien, beide Zucker erzeugen und ausführen, und dass die Verschiffungskosten aus diesen beiden Ländern bedeutend geringer sind.

In Chile hetzt die ultralinke MIR (die dortigen Tupamaros) weiterhin die Landbevölkerung auf, damit sie Güter illegal besetzt, und sie scheut sich auch nicht, die Regierung Allende anzugreifen, obgleich die Sozialistische Partei Allendes links von der chilenischen KP steht und obgleich Fidel Castro bei seinem Besuch in Chile die Gewaltprediger nicht gerade ermutigt hat.

**An den Universitäten entstehen mehr Krawalle und blutige Unruhen als zu den Zeiten der nicht-sozialistischen Regimes, und Allende sah sich sogar genötigt, in Santiago den Ausnahmezustand zu verhängen. Er nennt die Rebellen jetzt «Rechtsextremisten».**

In Chile traf Fidel Castro eine Reihe von Persönlichkeiten, darunter auch den Kardinal von Santiago, Raul Silva Henriquez, der versprach, für Fidel Castro zu beten — was diesem wohl nicht allzu sehr imponiert haben dürfte —, sowie den Ersten Sekretär der uruguayischen Kommunistischen Partei, Rodney Arismendi.

### Uruguay: Wahlanalysen

**Das Ergebnis der uruguayischen Wahlen vom 28. November (die von entscheidender Bedeutung sind, nicht allein für das Land, sondern auch für das Kräfteverhältnis in ganz Lateinamerika und besonders im sogenannten La-Plata-**

**Becken) ist zurzeit noch nicht eindeutig, weder was die Siegerpartei noch was die Person des zukünftigen Präsidenten betrifft.**

Wegen des geringen Unterschiedes zwischen den Stimmen für die zwei rivalisierenden Spitzenkandidaten — Juan Bordaberry der Colorado-Partei und Wilson Ferreira der National-Partei — wird das endgültige Ergebnis wahrscheinlich erst Ende Dezember oder gar im Januar 1972 bekannt werden, wenn die 150 000 blockierten Stimmzettel einzeln geprüft und gezählt werden. Immerhin sind die uruguayischen Wahlen interessant, weil sie einen persönlichen Triumph für den bisherigen Staatschef bedeuten. Jorge Pacheco Areco, der durch die Umstände und nicht kraft seiner eigenen Person (nach dem Tode des gewählten Präsidenten Oscar Gestido) an die Macht gelangte, wurde mit einem Ja seitens 27 Prozent der Wählerschaft (bei insgesamt neun Präsidentschaftskandidaten) honoriert, wegen seines Versuchs, mit der Subversion und dem Terrorismus im Lande Schluss zu machen. Konkret bezog sich das zugleich mit den Wahlen vollzogene Plebiszit auf eine Verfassungsänderung, die die Wiederwahl des Präsidenten sofort nach Ablauf einer Regierungsperiode erlauben sollte. Dass seine Wiederwahl nicht die nötigen 50 Prozent plus 1 der abgegebenen Stimmen erhielt, ändert nichts an der Tatsache, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung die Tupamaros radikal ablehnt. Zeugnis hiervon legt auch der Slogan, der ständig spontan und völlig ungewohnt in den Tagen vor der Wahl in den Strassen Montevideos zu hören war: «Policia si, Tupamaros no», ab.

### So oder so: Die Volksfront wird zum Zünglein an der Waage

**Es ist nicht zu bestreiten, dass die aus Moskau mitfinanzierte Linke einen nicht zu unterschätzenden Erfolg verbuchen konnte, auch wenn sie**

**ihr unmittelbares und als sicher gewähltes Ziel der Uebernahme der Montevideaner Stadtverwaltung nicht erreichte.**

Interessanterweise hat jedoch innerhalb dieses Linkssektors (der bei dem nächsten Parlament fast 20 Prozent der Sitze einnehmen wird, eine bedeutende Zunahme) nicht die Kommunistische Partei als treibende und finanzierende Kraft der Volksfront, zahlenmässig die Oberhand, sondern die restliche Linke: Christlichdemokraten, Sozialisten und andere Gruppen, die ideologisch und aktionsmässig links von der KP stehen.

Die Beziehungen der Sozialistischen Partei zu den Tupamaros ist kein Geheimnis und genauso wenig die Feindschaft zwischen den Terroristen und den aus Moskau dirigierten Genossen. Hätte die Volksfront — hier Frente Amplio genannt — die Wahlen gewonnen, so wäre es der KP trotzdem möglich gewesen, sich als Führer dieser Koalition hinaufzuschwingen. Aber in der Opposition dürften die Kommunisten mehr Schwierigkeiten mit ihren Genossen von links haben als mit ihren traditionellen Feinden der regierenden bürgerlichen Partei, egal ob Colorado- oder National-Partei.

**Andererseits wird die kommunistische Volksfront im nächsten Parlament — wer auch schliesslich am 1. März die Regierung übernehmen sollte — das Zünglein an der Waage sein und wahrscheinlich versuchen, mit der Oppositionspartei eine parlamentarische Majorität zu bilden.**

Hiermit geht Uruguay einer Periode der überdimensionalen politischen Erpressung entgegen, die die Existenz der bisherigen uruguayischen Demokratie lebensgefährlich belasten wird. Wer der Gewinner der uruguayischen Wahlen sein wird, ist mehr als eine Frage der Zahlen. Werden die bürgerlichen Parteien Uruguays einer international gelenkten und finanzierten Minderheitsgruppe wie der KPU und den einheimischen Tupamaros Paroli bieten können? ■

## Tschechoslowakei 1971

Aus «Listy», Rom

**Wir hatten in der letzten Nummer (Seite 12) darüber berichtet, wie in der Tschechoslowakei die Vorbereitung einer Dürrenmatt-Aufführung als staatsfeindliches Delikt betrachtet wird. Das Beispiel stammt aus einer Serie von konkreten Einzelheiten, welche die exilkommunistische Zeitschrift «Listy» publiziert hat. Sie wird von Redaktoren und Mitarbeitern des gleichnamigen tschechoslowakischen Schriftstellerorgans bis 1969 herausgegeben, die den Gedanken des «Prager Frühlings» heute eine Fortsetzung im Ausland geben. Wir entnehmen jedem Beitrag weitere Einzelheiten; es sind ebenso viele Aufschlüsse über die tschechoslowakische Situation.**

### A. Novotny eingeschaltet

Wenn schon so viele Leute der Novotny-Aera in höhere Funktionen gelangen, wäre es ungerecht, wenn er selbst so ganz beiseite gelassen würde. Der schamhafte Antrag der Parteikontrollkommission, Novotny solle «auf entsprechende Art» Selbstkritik üben, ist von ihm zurückgewiesen worden. Völlig zu Recht. Denn die jetzige Führung tut ja nichts anderes, als dass sie zu seiner Politik zurückkehrt. Die Ergebnisse sind sogar eher noch schlechter. Und so sieht er keinen Grund zur Selbstkritik, sondern vielmehr zur Selbstgerechtigkeit. Viele Funktionäre haben Angst vor Novotny und möchten ihn nicht gerne in der Opposition als ihren Gegner sehen. So be-

mühen sie sich sehr, ihn zur Mitarbeit heranzuziehen. Laut letzten Nachrichten arbeitet Novotny aktiv in der Abteilung der Kontrollkommission für die Fragen der Parteimitgliedschaft.

### Streng geheim

Ueber die Rückerstattung der Parteimitgliedschaft an Novotny samt Bacilek, Köhler und Urvalek hat die Presse der ganzen Welt berichtet. Aber in der Tschechoslowakei selbst wurden die Parteimitglieder bei ihren Versammlungen im Juli darüber in Form einer «streng geheimen Mitteilung» orientiert. Man schloss sogar die ausdrückliche Mahnung an, die Auskunft nicht ein-